

gesellschaft
für **bedrohte**
völker

Verfolgung von Christen im indischen Bundesstaat Orissa

Bericht einer Untersuchungsmission der
Gesellschaft für bedrohte Völker



Gesellschaft für bedrohte Völker

Menschenrechtsorganisation mit beratendem Status beim Wirtschafts- und Sozialrat
der VEREINTEN NATIONEN und mitwirkendem Status beim EUROPARAT

Arbil - Bern - Göttingen/Berlin - Groningen - Luxemburg - New York -
Pristina - Sarajevo/Srebrenica - Temuco - Wien

Gesellschaft für bedrohte Völker

Postfach 2024
D-37010 Göttingen
Telefon ++49 (0)551 49906-0
Fax ++49 (0)551 58028
info@gfbv.de
www.gfbv.de



Spendenkonto: 1909 - Sparkasse Göttingen - BLZ 260 500 01

Impressum:

Autor: Ulrich Delius, James Albert
Titelfoto: James Albert
Satz und Layout: Florian Gobrecht
Preis: 3,50 Euro
Herausgegeben von der Gesellschaft für bedrohte Völker im November 2008

Inhaltsverzeichnis

1. Zusammenfassung	4
2. Empfehlungen der Gesellschaft für bedrohte Völker	5
3. Einführung	6
4. Schwierige Lage der Flüchtlinge	7
5. Vertriebene haben wenig Vertrauen in die Behörden	7
6. Schwerebewaffnete Hindu-Aktivist*innen greifen an	8
7. Priester wurden ermordet	9
8. Christen müssen unter Zwang konvertieren	9
9. Flüchtlinge können nicht zurückkehren	10
10. Willkürliche Verhaftung von Christen	11
11. Bischöfe kritisieren mangelnden Schutz der Christen	12
12. Christliche Verbände fordern Verbot radikaler Hindu-Organisationen	13
13. Hindu-Extremisten schüren Gewalt gegen Christen in Orissa	13
14. Bundespolizei schützt Christen	15
15. Unbegründete Vorwürfe gegen Christen	16
16. Adivasi werden seit Jahrzehnten diskriminiert	16
17. Hindu-Nationalisten schikanieren auch Muslime	18
18. Anhang	19

1. Zusammenfassung

Christen im Kandhamal-Distrikt (Orissa) in Indien werden von radikalen Hindu zwangsweise zum hinduistischen Glauben „bekehrt“, werden willkürlich verhaftet und aus ihren Dörfern vertrieben. Christlichen Ureinwohnern droht bei der Rückkehr in ihre Heimatdörfer der Tod. Mehrere Rückkehrer, die sich nicht zwangsweise zum Hinduismus konvertieren ließen, wurden bereits ermordet. Dies stellte eine Untersuchungsmission der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) fest, die Ende Oktober / Anfang November die von der Außenwelt abgeriegelte Krisenregion besuchte und zahlreiche Interviews mit vertriebenen Christen führte. Seit dem Mord an einem radikalen Hindu-Führer am 23. August 2008 wurden rund 50.000 christliche Ureinwohner und Dalits („Unberührbare“) aus mehr als 300 Dörfern vertrieben worden. Der Adivasi-Experte der GfbV, Dr. James Albert, konnte mehrere Christen interviewen, die auf Betreiben von Hindu-Extremisten willkürlich verhaftet worden waren und mehrere Wochen grundlos in Polizeigewahrsam festgehalten wurden. Ihnen wurde vorgeworfen, für die Ermordung des Hindu-Führers verantwortlich zu sein, obwohl sich bereits maoistische Rebellen zu dem Mord bekannt hatten.

Gezielt wurden die christlichen Ureinwohner aus ihren Dörfern vertrieben, um ihre Lebensgrundlage zu zerstören. Die als Kleinbauern und Sammler von den Früchten des Waldes lebenden Adivasi-Ureinwohner haben in den eilig eingerichteten Flüchtlingslagern keine Perspektive. Mehr als 4.400 ihrer Häuser wurden geplündert und zerstört. Systematisch hatten die Hindu-Extremisten vor allem die Dächer der Lehm- und Stein-Häuser vernichtet, damit der Regen das Haus unbewohnbar macht.

Zurückkehren können die Vertriebenen nur, wenn sie sich zwangsweise zum Hinduismus „bekehren“ lassen. Die GfbV-Untersuchungsmission interviewte zahlreiche Opfer von Zwangskonversionen. Die Zwangskonvertierten wurden gezwungen, ihre Bibeln zu vernichten und mussten neue Namen annehmen. Schriftlich mussten sie bestätigen, dass sie freiwillig konvertierten und selbst ihre Häuser in Brand gesteckt hätten. Ebenso mussten sie akzeptieren, zukünftig auf der niedrigsten sozialen Stufe der Kastengesellschaft zu leben.

Die Berichte von Augenzeugen belegen, dass die Gewalt nicht spontan entstanden und vom Mob ausgegangen ist, sondern dass radikale Hindu-Organisationen den Mord an ihrem Führer nutzten, um gezielt Christen zu vertreiben und einzuschüchtern. So wurden innerhalb weniger Stunden mehr als 400 Bäume von Hindu-Aktivisten gefällt, um Angehörigen der Minderheit eine Flucht mit ihren Fahrzeugen unmöglich zu machen. Auf diese Weise sollte der Zugang von Rettungs- und Polizeikräften in die Krisenregion wirksam unterbunden werden. Den Gewalttätern sei es nicht darum gegangen, möglichst viele Menschen zu töten; sie wollten mit einigen besonders grausamen Morden Angst und Schrecken unter der religiösen Minderheit verbreiten.

Die Angreifer konnten sich bei ihren Gewalttaten der stillschweigenden Unterstützung der lokalen Polizeikräfte des Bundesstaates Orissa sicher sein, die den Christen wochenlang jeden Schutz verweigerte. Erst der Einsatz der Bundespolizei CRPF verbesserte die Sicherheitslage spürbar, so dass seltener Kirchen und Häuser niedergebrannt werden.

Sowohl Bundesbehörden als auch Landesbehörden haben zu spät und unzureichend gehandelt, um den Schutz der religiösen Minderheit und ihrer Habe zu sichern. Besonders katastrophal war das Verhalten der Landesregierung Orissas. Sie gewährte radikalen Hindu-Propagandisten den Zugang zu der unter dem Ausnahmezustand stehenden Krisenregion Kandhamal, so dass diese dort weiter Gewalt schüren konnten. Auch genehmigte sie im August 2008 einen Trauerzug mit dem Leichnam

des ermordeten Hindu-Führers, der in hunderten Dörfern eine Spur der Verwüstung und des Schreckens hinterließ.

Verantwortlich für die Gewalt sind radikale Hindu-Organisationen wie der Welt-Hindu-Rat (VHP), die Rashtriya Swayamsevak Sangh (RSS) sowie deren paramilitärische Organisation Bajrang Dal. Auch Politiker der nationalistischen Hindu-Partei Bharatiya Janata Party (BJP) schürten die Konflikte in Orissa. Die radikalen Hindu-Organisationen VHP, RSS und Bajrang Dal müssen verboten werden, da sie nicht nur in Orissa systematisch religiöse und ethnische Auseinandersetzungen anheizen. Von Schikanen und Provokationen radikaler Hindu-Organisationen betroffen ist auch die muslimische Minderheit in dem Bundesstaat Gujarat. Auch sechs Jahre nach pogromartigen Übergriffen auf die Muslime verweigert die von der BJP angeführte Landesregierung von Gujarat der Minderheit noch immer Wiedergutmachung. Vergeblich warten die im Jahr 2002 vertriebenen Muslime bis heute auf eine angemessene Hilfe bei ihrer Wiedereingliederung.

Die radikalen Hindu-Organisationen gefährden mit ihrer Hass-Propaganda die Freiheit der Religionsausübung und die Demokratie in Indien. Statt das Zusammenleben der verschiedenen religiösen und ethnischen Gruppen in dem Vielvölkerstaat zu fördern, schüren sie bewusst Konflikte, um den Hindu-Nationalismus zu institutionalisieren und voranzutreiben.

2. Empfehlungen der Gesellschaft für bedrohte Völker

- Unverzögliche juristische Aufarbeitung der pogromartigen Überfälle und Bestrafung der für die Verbrechen Verantwortlichen.
- Das Central Bureau of Investigation (CBI, Bundeskriminalamt) muss mit den Ermittlungen im Kandhamal Distrikt beauftragt werden, da die lokalen Polizeibehörden keine Gewähr für umfassende und neutrale Ermittlungen bieten. Auch das Versagen der lokalen Institutionen und der Bundesbehörden muss untersucht werden.
- Alle von den mutwilligen Zerstörungen betroffenen Einzelpersonen und Institutionen müssen angemessen und zügig entschädigt werden.
- Die Freiheit der Religionsausübung muss auch im Bundesstaat Orissa garantiert werden; niemand darf zwangsweise „bekehrt“ werden.
- Radikale hinduistische Organisationen (VHP, Bajrang Dal, RSS) müssen in ganz Indien verboten werden, da ihre Agitation ethnische und religiöse Auseinandersetzungen schürt.
- Zulassung von nationalen und internationalen Hilfsorganisationen, um den Wiederaufbau der zerstörten Häuser, Kirchen und sozialen Einrichtungen zu fördern.
- Kein Abzug der Bundespolizei CRPF, da nur sie die Gewähr für einen gewissen Schutz der Christen bietet. Verstärkung des Schutzes religiöser Minderheiten und ihrer Einrichtungen.
- Binnenflüchtlingen muss eine menschenwürdige Rückkehr in ihre Heimatdörfer ermöglicht werden oder sie müssen bei ihren Bemühungen unterstützt werden, um in anderen Regionen des Landes Aufnahme zu finden.

3. Einführung

Nach der Ermordung des radikalen Hindu-Führers Swami Lakshmanananda Saraswati und vier seiner Anhänger in Jalespeta (Kandhamal Distrikt, Bundesstaat Orissa) am 23. August 2008 eskalierte die Gewalt gegen Christen in Indien. Der lokale Führer der Vishva Hindu Parishad (VHP, Welt-Hindu-Rat) hatte seit 1985 ungehindert von den Behörden gegen Christen und andere religiöse Minderheiten agitiert und war für zahlreiche Überfälle auf Angehörige dieser Minderheiten verantwortlich. Mehrfach wurden Mordanschläge auf ihn verübt. Obwohl christliche Verbände unmittelbar nach der Bluttat die Ermordung verurteilten, machten nationalistische Hindu-Organisationen Christen für das Verbrechen verantwortlich. Inzwischen übernahmen maoistische Naxalit-Rebellen die Verantwortung für die Morde. Es waren auch drei mutmaßliche maoistische Rebellen, die am 5. November 2008 in dem Dorf Kumbharaogaon den Klein-Unternehmer Dhanu Pradhan ermordeten, der als lokaler Führer der radikalen Hindu-Organisation Rashtriya Swayamsevak Sangh (RSS, Nationale Freiwilligen Organisation) gegen religiöse Minderheiten im Kandhamal-Distrikt Stimmung machte. Wie zuvor schon nach dem Mord an VHP-Führer Swami L. behaupten RSS, VHP sowie der Bruder des Getöteten, der RSS-Aktivist sei von Christen ermordet worden (www.odishatoday.com, 6.11.2008).

Schon wenige Stunden nach dem Mord am 23. August wurden tausende christliche Adivasi-Ureinwohner und Dalits („Unberührbare“) in ihren Dörfern von Hindu angegriffen, Häuser und Kirchen zerstört und die Bewohner vertrieben. Allein im Distrikt Kandhamal wurden nach Informationen der Katholischen Bischofskonferenz Indiens rund 60 Menschen bei pogromartigen Übergriffen getötet. 18.000 Christen erlitten Verletzungen. In mehr als 300 Dörfern wurden 4.400 Häuser der Christen und 150 kirchliche Einrichtungen (Kirchen, Schulen, Waisenhäuser) zerstört. Zwölf Pastoren oder Nonnen wurden geschlagen, misshandelt oder vergewaltigt, sechs erlagen später ihren Verletzungen. Rund 50.000 Dorfbewohner flohen in die umliegenden Wälder oder suchten in Flüchtlingslagern Zuflucht. Auf dem Höhepunkt der Gewalt suchten 23.000 christliche Ureinwohner und Dalits in 19 eingerichteten Flüchtlingslagern Zuflucht. Inzwischen hat sich die Zahl der Camps und der Binnenflüchtlinge verringert. Viele Vertriebene suchten bei Familienangehörigen in anderen Landesteilen Zuflucht oder wanderten in andere Bundesstaaten weiter, um dort nach Arbeit und einem menschenwürdigen Leben zu suchen.

Am schlimmsten war die Gewalt im Kandhamal-Distrikt, doch schließlich griff sie auf 14 von 30 Distrikten des Bundesstaates Orissa sowie auf zwölf weitere Bundesstaaten über. Angesichts der unübersichtlichen Lage und der zahlreichen Berichte über schwere Menschenrechtsverletzungen entsandte die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) ihren Adivasi-Experten Dr. James Albert in die Unruhregion sowie zu Gesprächen mit Vertretern verschiedener religiöser Minderheiten. Dr. Albert hielt sich vom 21. Oktober bis zum 3. November 2008 in Indien auf. Im Rahmen seiner Untersuchungsmission führte er zahlreiche Gespräche mit indischen Bischöfen und Erzbischöfen sowie mit führenden Vertretern christlicher und muslimischer Organisationen. Im Zentrum seiner Reise stand ein Besuch im Kandhamal-Distrikt Orissas. Da aufgrund der anhaltenden Gewalt alle Zufahrtstraßen der Region mit Straßensperren der in die Unruhregion verlegten Bundespolizei CRPF abgeriegelt sind und das Gebiet von Nicht-Einheimischen nur mit einer zeitlich eng befristeten Sondergenehmigung besucht werden darf, war die Recherche äußerst schwierig. Trotz dieser widrigen Umstände gelang es Herrn Albert, sieben Flüchtlingslager in der Bergregion zu besuchen. In den Camps leben heute noch rund 13.000 Christen, überwiegend Adivasi-Ureinwohner und Dalits.

4. Schwierige Lage der Flüchtlinge

In den Lagern leben nicht nur Frauen und Kinder, sondern zumeist ganze Familien. In den meisten Camps konnte sich der GfbV-Mitarbeiter frei bewegen und Interviews mit den Flüchtlingen in Englisch oder Hindi führen (oder in lokalen Sprachen, übersetzt von Mitarbeitern kirchlicher Organisationen). Die Flüchtlinge äußerten sich sehr freimütig und waren darauf bedacht, dass die Schilderung ihrer Vertreibung über die Landesgrenzen Indiens hinaus bekannt wird. Immer wieder drängten sie unseren Mitarbeiter, über das Leid der christlichen Flüchtlinge in Europa zu berichten. Die meisten Lager sind kleine Zeltstädte. In den vier mal drei Meter großen Zelten schlafen durchschnittlich 19 Personen. Mit Lebensmitteln und Wasser werden die Lagerinsassen von den indischen Behörden versorgt. Private oder kirchliche Hilfsorganisationen haben keinen Zutritt zu den Camps.

Ursprünglich wurden siebzehn Flüchtlingslager eingerichtet. Doch zahlreiche Camps wurden inzwischen von den Behörden geschlossen. So wurde am 15. Oktober 2008 eines der drei Lager in Baliguda auf Anordnung der Behörden geschlossen. Die 900 Insassen des Camps erhielten nur zehn Kilogramm Reis pro Familie und wurden weggeschickt. Da sie ihr Land und ihre Habe verloren haben, mittellos sind und nicht in ihr Heimatdorf zurückkehren können, ist ihre Zukunft vollkommen ungewiss. Die Lagerinsassen haben unterschiedlichste religiöse Bekenntnisse. So waren in dem Lager Tikabali Angehörige gleich acht unterschiedlicher Religionsgemeinschaften vertreten: Katholiken, Anglikaner, Pfingstgemeinde, Baptisten, Sieben Tage-Adventisten, Lutheraner, Heilsarmee und die Gemeinde der Frohen Botschaft.

Mindestens 12.000 Flüchtlinge verließen Anfang Oktober 2008 die Camps, weil sie sich dort nicht sicher fühlten. Mehrfach appellierten Flüchtlinge, der Hochkommissar für Flüchtlinge der Vereinten Nationen (UNHCR) müsse sich um diese Binnenvertriebenen kümmern, um ihren Schutz sicherzustellen. Da die indische Bundesregierung nur wenig Einfluss auf die amtierende Koalitionsregierung in Orissa hat, an der auch die radikale Hindu-Partei Bharatiya Janata Party (BJP) beteiligt ist, sehen sich einige der Flüchtlinge als „Staatenlose“ an, weil sie keine Staatsmacht wahrnehmen, die sich glaubwürdig um ihren Schutz kümmert.

Andere Flüchtlinge wurden in Schulen untergebracht. Rund 40 Schulen in dem Distrikt sind noch immer geschlossen, weil sie als Auffanglager für Vertriebene oder als provisorische Unterbringung für in die Region verlegte Sicherheitskräfte genutzt werden.

5. Vertriebene haben wenig Vertrauen in die Behörden

Viele Christen suchten aus Misstrauen vor den Behörden erst gar nicht in den staatlich kontrollierten Lagern Zuflucht, sondern hielten sich in den Wäldern oder bei Angehörigen versteckt. So gelangte eine Gruppe von 56 christlichen Familien, deren Häuser von Hindu zerstört worden waren, Ende Oktober 2008 in den Bundesstaat Kerala, wo ihnen schließlich von der Landesregierung Schutz und Aufnahme gewährt wurde.

Alle in den Lagern verbliebenen Flüchtlinge, die interviewt wurden, berichteten, dass ihre Häuser systematisch von Hindu, die nicht aus ihrem Dorf stammten, zerstört worden seien. In einem Fall intervenierten couragierte Hindu-Nachbarn, um die Zerstörung des Hauses eines Christen zu verhindern. Die Zufahrtstraßen zu Dörfern in dem Distrikt seien wenige Stunden nach dem Mord von Radikalen mit gefällten Bäumen blockiert worden, berichteten Vertriebene. Auf diese Weise sollte Christen nicht nur der Fluchtweg mit ihren Fahrzeugen abgeschnitten werden, sondern auch der Zugang von Hilfs- und Sicherheitskräften in die Dörfer erschwert werden. Mehr als 400 gefällte Bäume wurden am Straßenrand gezählt.

Durchgängig berichten alle Flüchtlinge, dass es bereits vor dem 23. August 2008 zahlreiche Übergriffe auf Christen oder christliche Einrichtungen gegeben habe. So seien immer wieder Häuser von Christen oder Kirchen niedergebrannt worden, um die Reaktion der Behörden, Polizei und der religiösen Minderheit zu testen. Doch diese Übergriffe hätten nicht das gleiche Ausmaß gehabt wie die pogromartigen Angriffe, die nach dem Mord an Swami am 23. August 2008 begannen.

6. Schwerbewaffnete Hindu-Aktivist*innen greifen an

Ein typischer Angriff wird von Bewohnern der drei Dörfer Bada Banga, Burangia und Didrobadi geschildert. Am 11. September wurden ihre Dörfer von Hindu-Aktivist*innen angegriffen. Zu dieser Zeit behauptete die Landesregierung von Orissa bereits, dass die Öffentliche Ordnung und Ruhe in allen Landesteilen wieder vollkommen hergestellt sei.

200 bis 400 mit Gewehren, Speeren, Schwertern und Äxten bewaffnete Hindu seien in großen Gruppen durch das Dorf gezogen und hätten Häuser von Christen und Kirchen zerstört. Dabei hätten sie Slogans skandiert (Hoch lebe der Gott Rama / Hoch lebe die Kraft von Bajrang / Hoch lebe Mutter Indien). Die Hindu-Jugendorganisation Bajrang Dal gilt als einer der treibenden Kräfte bei der jüngsten Eskalation der Gewalt auf dem Subkontinent. Um die Bewohner einzuschüchtern und Aktivist*innen in benachbarten Dörfern über den Beginn des Angriffs zu informieren, wurden auch Feuerwerkskörper von den Angreifern gezündet.

Lokale Händler hätten den Bajrang Dal-Aktivist*innen Alkohol zur Verfügung gestellt sowie Kerosin, mit denen die Häuser abgepackelt worden seien. Die Geschäftsleute wollten sich somit nicht nur mit den Demonstrant*innen gut stellen, sondern verfolgten auch eigene Interessen. Mit Argwohn beobachteten sie in den letzten Jahren, dass Adivasi-Kleinbauern und Sammler immer selbstbewusster wurden und die Kommerzialisierung ihrer Produkte selbstverantwortlich vorantrieben. Dabei bekamen sie Unterstützung von den christlichen Kirchen, die sie zu diesem Schritt ermutigten, um langfristig ihren Lebensunterhalt zu verbessern. Die lokalen Händler fürchteten jedoch, als Zwischenhändler ausgeschaltet zu werden und hatten größtes Interesse daran, dass die bestehende soziale Ordnung nicht verändert wird. Absurd ist allerdings, dass die gleichen Händler, die die Pogrom-Stimmung gegen religiöse Minderheiten anheizten, nun finanzielle Hilfen von der indischen Regierung fordern, weil ihre Geschäfte aufgrund der Unruhen zurückgegangen seien.

Offensichtlich ging es den Angreifern aber nicht darum, gezielt Massaker zu verüben und besonders viele Menschen zu töten. Denn angesichts der Einkesselung der Dörfer und der Übermacht der Angreifer wäre es ein Leichtes gewesen, eine große Zahl Christen zu töten. Doch den Angreifern ging es vor allem darum, Angst und Schrecken zu verbreiten und die Dorfbewohner zu vertreiben. So konnten sie ungestört die Häuser plündern und zerstören. Auffällig war auch bei der Fahrt durch das Krisengebiet, dass immer die Dächer der Lehm- und Steinhäuser zerstört worden waren. Offensichtlich waren die Dächer gezielt beschädigt worden, damit während zurzeit der Angriffe einsetzenden Regenzeit das gesamte Hab und Gut der Hausbewohner zerstört werde und das Haus unbewohnbar werde.

In dem 150 Häuser zählenden Dorf Didrobadi wurden 20 von Christen bewohnte Häuser vollkommen zerstört, weitere 80 Häuser wurden beschädigt, eine Kirche wurde niedergebrannt. In dem Ort lebten vor dem Angriff insgesamt 100 christliche Familien und 50 Hindu-Familien. Ein Geschäft, das einem Christen gehörte, wurde vollkommen zerstört.

7. Priester wurden ermordet

Als das Dorf Totamaha am Nachmittag des 26. August 2008 von Hindu-Nationalisten angegriffen wurde, ergriffen die Bewohner des Ortes die Flucht. Auch Akhbar Digal, der 46 Jahre alte Pastor der Pfingstgemeinde, floh vor den radikalen Hindu. Er wurde jedoch gefasst und von Dorfbewohnern als Pastor denunziert. Daraufhin schlug man ihm mit einem Beil den Kopf ab. Nachbarn und Angehörige des Getöteten erklärten, den Namen des Mörders zu kennen. Sie hätten den Namen des mutmaßlichen Täters auch bei der Polizei genannt, als sie Anzeige erstatteten. Doch der Verdächtige sei noch immer auf freiem Fuß und man habe nichts von strafrechtlichen Ermittlungen der Behörden gehört.

Nach Informationen der Polizeibehörden sind seit dem Ausbruch der Unruhen rund 700 Anzeigen wegen Gewalttaten im Kandhamal Distrikt erstattet worden (www.odishatoday.com, 6.11.2008). Hatten Christen und offizielle Vertreter christlicher Kirchen bei vorangegangenen Übergriffen noch zur Vorsicht geraten und ganz bewusst davon abgesehen, Anzeigen zu erstatten, um die Mehrheitsbevölkerung nicht zu provozieren, so hat sich dieses Verhalten seit Beginn der Übergriffe im August 2008 grundlegend geändert. So ermutigen die Kirchen nicht nur Christen, öffentlich über die Gewalttaten und die Verantwortlichen zu reden, sondern unterstützen nun Christen auch mit juristischem Rat, wenn sie ihre Rechte einfordern. Vertreter der Kirchen haben den staatlichen Behörden im Bundesstaat Orissa mehrfach vorgeworfen, die Verantwortlichen der schweren Menschenrechtsverletzungen nicht angemessen juristisch zur Rechenschaft zu ziehen.

Auch im Dorf Bakingia wurde am 26. August 2008 ein Geistlicher ermordet. Der 50 Jahre alte Pastor der Sieben-Tage-Adventisten, Samuel Naik, war bei seiner schwerkranken Mutter Janumati Naik am Krankenbett zurückgeblieben, als die Angreifer in das Dorf kamen. Der Pastor wurde mit einem Beil erschlagen. Seine Mutter wurde mit Kerosin übergossen und angezündet.

Der Pastor Fidem Nayak machte sich mit zwei Jugendlichen am 23. August 2008 auf den Weg zu einem Gebetstreffen in das Nachbardorf. Doch von dort sollte sie nicht mehr zurückkehren. Alle drei Christen wurden auf dem Rückweg am 25. August von radikalen Hindu zu Tode gehackt. Auch sein Haus in seinem Heimatdorf wurde geplündert und niedergebrannt. Seine 50 Jahre alte Frau Nalini Nayak floh in das Flüchtlingslager Tikabali, nachdem sie sich mit Nachbarn vier Tage lang in den Wäldern versteckt gehalten hatte. Auch zwei Monate nach ihrer Flucht will sie nicht zurückkehren, weil alles in ihrem Dorf zerstört ist und sie auch nicht ihren Glauben aufgeben will.

8. Christen müssen unter Zwang konvertieren

Christliche Adivasi und Dalits berichteten, dass Hindu-Angreifer ihnen drohten, ihre Häuser in Brand zu stecken und sie zu ermorden, wenn sie sich nicht vom Christentum abwenden und zum hinduistischen Glauben bekennen würden. Rund 600 Christen sollen in den letzten drei Monaten in Orissa zwangsweise zum Hinduismus konvertiert worden sein. Zwei Zwangskonvertierte, der 45 Jahre alte Cyprian Digal aus dem Dorf Pirigida und der 56 Jahre alte Daud Nayak aus dem Ort Dahrapur, beschrieben gegenüber der Gesellschaft für bedrohte Völker die Umstände ihrer „Zwangsbekehrung“. Am 25. August wurden 14 Christen aus mehreren Dörfern von Hindu-Aktivistinnen zur Zwangskonversion zusammengetrieben. Geleitet wurde die Zeremonie von einem brahmanischen Priester Srinivas. Zur inneren Reinigung wurde den Christen ein Getränk verabreicht, das aus einer Mischung von Kuhdung, dem Urin von Kühen und Kuhmilch bestand. Sie mussten dieses Getränk vor den Augen der nationalistischen Hindu zu sich nehmen. Auch wurden ihnen die Haare kahlgeschoren, bis auf einen kleinen Zopf am Hinterkopf. Mehrfach mussten sie die Slogans (Es lebe der Gott Rama / Hoch lebe die Kraft von Bajrang / Hoch lebe Mutter Indien) anstimmen. Sie wurden angewiesen, ihre Bibeln zu vernichten.

Der 42 Jahre alte Binod Kumar Pradhan aus dem Dorf Sirtiguda entging nur knapp der Zwangskonversion. Als der Vater von zwei Kindern am Nachmittag des 25. August 2008 die nahende Meute radikaler Hindu kommen hörte, packte er schnell Handy, MP 3-Player und zwei Bibeln in seine Tasche und floh. Doch nur ein paar Häuserblocks weiter wurde er gefasst. Die Hindu-Aktivistinnen nahmen ihm Handy und MP 3-Player ab und zerrissen die Bibeln in Stücke. Sie verprügelten ihn und forderten ihn auf, sich zum Hinduismus zu bekennen. Als er sich weigerte, banden sie ihn an einen Baum, um andere fliehende Christen zu verfolgen. Sie übergossen ihn mit Benzin und kündigten an, nach der Verfolgung der anderen Flüchtlinge zurückzukommen. Schließlich wurde er nach Einbruch der Nacht von einem Hindu befreit, der ihn persönlich kannte. Er floh daraufhin zu seinen Schwiegereltern in das Dorf Daringbadi. Erst am 9. Oktober traute er sich, zu seinen Eltern nach Kudupakya heimzukehren.

Der 30 Jahre alte Basant Digal versuchte nach einem Monat in dem Flüchtlingslager Tikabali mit seiner Frau und seiner Schwägerin in ihren Heimatort zurückzukehren. Doch eine Gruppe von rund 40 Hindu, unter ihnen viele Frauen, stellte sich ihnen am Dorfeingang in den Weg und versperrte ihnen den Zutritt. In ihrem Dorf dürften sie nur leben, wenn sie sich zum Hinduismus bekehren würden, forderten die radikalen Hindu. Da Basant Digal sich nicht vom christlichen Glauben abkehren wollte, kehrte er in das Flüchtlingscamp zurück.

Selbst Christen, die die Zwangskonversion hinnahmen, bekamen später mit der hinduistischen Mehrheitsbevölkerung Probleme. So hatte sich die Familie von Sukhdev Digal aus dem Dorf Dagpadar unter dem Druck extremistischer Hindu zum Hinduismus konvertieren lassen. Doch auch Sukhdev musste fliehen, da seine Familie Opfer von Gewaltverbrechen wurde. Am 26. September 2008, ein Monat nach Ausbruch der Unruhen, war er mit seinen zwei Brüdern Bispat und Santarai in ein Nachbardorf aufgebrochen, um Material zu holen. Dort übernachteten sie in dem Haus eines Hindu. Um Mitternacht erwachte Sukhdev, als rund einhundert Demonstranten das Haus angriffen. Tatenlos musste er zusehen, wie seine zwei Brüder von den Angreifern totgeschlagen wurden. Sukhdev gelang in der Dunkelheit die Flucht in das fünfzehn Kilometer entfernte Camp Tikabali.

Die Regierung des Bundesstaates Orissa, in der auch die radikale Hindu-Partei BJP vertreten ist, erklärte schon Ende September 2008, dass sich die Lage im Kandhamal Distrikt beruhigt habe. Von den Behörden aufgebaute lokale Friedenskomitees hätten für eine Rückkehr von Ruhe und Ordnung gesorgt. Doch „normales Leben“ kehrte nur in die Dörfer zurück, in denen keine Christen mehr lebten oder in denen sich Christen unter Zwang zur Konversion bereit erklärt hatten. So wurden 22 von 30 christlichen Familien in dem Ort Ladapadar am 2. Oktober 2008 gezwungen, sich zum Hinduismus zu bekennen. Unter ihnen war auch Jonathan Digal, dessen Vater Jakhychandra Digal Pastor in einem anderen Ort in der Region war. Jonathan hat nach der Zwangskonversion einen neuen Namen angenommen und nennt sich nun Sujit Digal.

9. Flüchtlinge können nicht zurückkehren

Heimkehrern aus den Flüchtlingslagern droht in ihren Heimatdörfern Todesgefahr. So wurde der 14 Jahre alte Jugendliche Ranjit Pariccha von Brahmanen mit dem Tod bedroht, als er in sein Dorf zurückkehrte, um seine Großeltern zu besuchen.

Andere Rückkehrer wurden ermordet, als sie sich zu Hause informieren wollten, ob eine Heimkehr in ihre zerstörten Häuser möglich wäre. Am 8. September 2008 besuchte Herr Purendra Malik sein Heimatdorf Nilungia, um sich den Zustand des Hauses der Familie anzuschauen, berichtete seine Frau Shantilata Malik. Seine Erkundungsmission kostete ihn das Leben, da er sofort ermordet wurde. Seine Leiche wurde in einem Sack in einem Teich versenkt und tauchte erst fünf Tage später wieder auf.

Nur wenige Tage später wurde der 35 Jahre alte Herr Eswor Digal ermordet, als er sein Heimatdorf Guttingia besuchte. Er wurde mit einem Beil erschlagen.

Wollen die Flüchtlinge in ihre zumeist zerstörten Häuser zurückkehren, so müssen sie Erklärungen unterschreiben, in denen sie sich selbst der Brandstiftung ihrer Häuser bezichtigen. Auch müssen sie schriftlich zusichern, dass sie sich freiwillig zum hinduistischen Glauben bekehrt hätten. Im Falle einer Rückkehr in ihre Dörfer droht den Vertriebenen, einen Platz auf der tiefsten sozialen Stufe zugewiesen zu bekommen. Für die Flüchtlinge sind dies unzumutbare Bedingungen, die jede menschenwürdige Rückkehr an ihren traditionellen Wohnort unmöglich machen.

Für die Adivasi-Ureinwohner hat diese Vertreibung von ihrem Land weitreichende Folgen. Die traditionell als Kleinbauern und Sammler lebenden Ureinwohner sind auf ihr traditionelles Land sowie auf den Wald und die Natur angewiesen. Ein Leben in Slums am Rande der Großstädte hätte für sie nicht nur tiefgreifende soziale Folgen, sondern würde den Verlust ihrer ethnischen und kulturellen Identität bedeuten. Denn Land ist für sie traditionell nicht veräußerbar, sondern ihre Verbindung zu den Ahnen und somit ein unverzichtbarer Teil ihrer Identität. Das Land ihrer Ahnen ist nicht beliebig austauschbar, so dass ihnen auch nur unzureichend mit der Zuweisung neuen Landes in einer anderen Region geholfen wäre.

10. Willkürliche Verhaftung von Christen

Allein aufgrund ihres religiösen Bekenntnisses werden Christen nicht nur bedrängt und eingeschüchtert, sondern auch willkürlich festgenommen. So wurde der Kleinbauer und Tagelöhner Jacob Pradhan wochenlang festgehalten, weil er fälschlicherweise des Mordes an dem RSS-Führer Swami Lakshmanananda im August 2008 verdächtigt wurde. Jacobs Leidensweg begann damit, dass der 35-Jährige am 24. August sein Dorf Bogadi verließ,

um in der Stadt K. Nuangau Medizin für seinen kranken Vater zu kaufen. Dort wurde er von örtlichen Bajrang Dal-Aktivisten festgehalten und verprügelt. Später brachten sie ihn zur Polizeistation in Phandi (am Rande der Stadt K. Nuangao), berichtete der Bauer der Gesellschaft für bedrohte Völker. Auf dem Polizeirevier bezichtigten sie ihn, Swami ermordet zu haben. So wurde Jacob Pradhan am 24. August verhaftet. Zunächst brachte man ihn in die Stadt Pulbani ins Gefängnis. Später wurde er in die Hauptstadt des Bundesstaates, nach Bhubaneswar verlegt, um dort einen Lügendetektor-Test zu machen. In der Haft wurde er misshandelt und geschlagen, so dass ihm bis heute sein rechtes Knie noch schmerzt. Sechs weitere Christen seien mit ihm im Gefängnis wegen ähnlicher Vorwürfe festgehalten worden, berichtete Jacob Pradhan nach seiner Freilassung. Erst am 2. Oktober wurde er schließlich auf Druck von Rechtsanwälten, die auf seinen Fall aufmerksam geworden waren, freigelassen. Ohne Entschuldigung und mittellos wurde er aus der Haft entlassen. Lange irrte er durch die fremde Stadt, bis er auf ein Haus mit christlichen Emblemen stieß. Es war ein Bibel-Kolleg, dessen Leiter ihm Geld gab, um nach Hause zurückkehren zu können.

Viele der Verhafteten wollen namentlich nicht erwähnt werden, weil sie weitere Nachteile für sich und ihre Familien befürchten. So möchte auch ein angesehener Bürger der Stadt nicht erwähnt werden, der ein ähnliches Schicksal wie der verhaftete Kleinbauer erlitt. Der Christ Bernhard Najuk (Name geändert) wurde an einer Tankstelle in Bhubaneswar von einem Hindu angesprochen, als er sein neues Auto betanken wollte. Der Hindu bewunderte das Fahrzeug und erkundigte sich, wie er denn dieses schöne Auto habe erwerben können. Najuk versicherte dem Hindu, er habe einen Kredit aufgenommen, um das Fahrzeug zu kaufen. Dies wollte der Hindu nicht glauben und unterstellte Najuk, Geld für seine Beteiligung an der Ermordung des RSS-Führers Swami erhalten zu haben. Zwar bestritt der Christ vehement jede Beteiligung an der Ermordung des radikalen Hindu-Führers, doch

immer mehr Hindu blieben an der Tankstelle stehen und bedrängten Najuk. Um sein Fahrzeug und sein Leben zu retten, schlug der Christ vor, gemeinsam mit dem Hindu zur nächsten Polizeistation zu gehen, um die Vorwürfe aufzuklären. Dort angekommen, rieten die Polizisten (die in Orissa oft nationalistischen Hindu-Organisationen nahe stehen) Najuk, über Nacht in der Polizeistation zu bleiben, da man draußen seine Sicherheit nicht garantieren könne. Inzwischen hatte der Hindu, der den Vorfall ausgelöst hatte, eine Anzeige gegen Najuk bei dem Polizeirevier aufgegeben, so dass der Christ auch am nächsten Morgen weiterhin in Polizei-Gewahrsam gehalten wurde. Weitere vier Wochen musste der angesehene Bürger in der Haft verbringen, weil er willkürlich von dem Hindu der Beteiligung an dem Mord an RSS-Führer Swami L.verdächtigt worden war.

Die Fälle dieser willkürlichen Verhaftungen zeigen, dass es für Angehörigen religiöser Minderheiten in Orissa keine Gerechtigkeit gibt und dass sie in dem Bundesstaat einer latenten Verfolgung ausgesetzt sind. Staatliche Sicherheitsorgane wie die Polizei, nehmen dabei keine neutrale Position ein, sondern sind von Hindu-Nationalisten so sehr unterwandert, dass sie Angehörigen religiöser Minderheiten Schutz und Gerechtigkeit verweigern.

11. Bischöfe kritisieren mangelnden Schutz der Christen

Angesichts der willkürlichen Verhaftungen von Christen und des mangelnden Schutzes der Angehörigen der Minderheit durch Sicherheitskräfte warfen sechs Bischöfe aus Orissa den Behörden Versagen vor. „Es erfüllt uns mit Schmerz, dass sowohl die Landesregierung als auch die Bundesregierung so spät auf die anhaltende Gewalt gegen Christen in Orissa reagiert hat“, erklärten die Bischöfe in einem Ende Oktober 2008 verlesenen Gemeindebrief. „Wir sind traurig darüber, dass die beiden Regierungen so erbärmlich versagt haben bei der Umsetzung der ihnen verfassungsrechtlich obliegenden Pflichten“, kritisierten Bischof Thomas Thiruthalil, Vorsitzender des Regionalen Rates der Bischöfe von Orissa, sowie der Erzbischof von Cuttack-Bhubaneswar und die Bischöfe von Rourkela, Sambalpur und Berhampur.

Die Bischöfe betonen in dem Gemeindebrief die soziale Dimension der pogromartigen Übergriffe gegen Christen. Die Kirche unterstütze die Armen und Ausgegrenzten, die nun Rechte einforderten, erklärten die Bischöfe. Von den Mächtigen im Land werde dieses Engagement gefürchtet, da es ihren Einfluss in Frage stelle. Daher hätten sie zur Gewalt gegriffen, um ihre Machtstellung auch weiterhin zu sichern.

Die Katholische Bischofskonferenz Indiens hatte schon am 26. September in einer gemeinsamen Erklärung die unzureichende Antwort der Behörden auf die Gewalt gegen Christen scharf verurteilt. „Schockiert und tief betrübt über die jüngsten Szenen außerordentlicher Gewalt gegen die christliche Gemeinschaft in verschiedenen Landesteilen drückt das Exekutivkomitee der Katholischen Bischofskonferenz Indiens seine tiefe Enttäuschung über die Apathie und mangelnde Reaktion der Bundes- und Landesregierungen auf die Gewalt aus“, erklärten das bedeutendste Organ der Katholischen Kirche Indiens (www.zenit.org, 30.9.2008). Die Katholische Kirche scheute auch nicht davor zurück, die Verantwortlichen für die Gewalt zu benennen. So erklären die Bischöfe: „Es war offensichtlich, dass die Verantwortlichen dieser scheußlichen Taten gut ausgebildete Mitstreiter von Hindutva-Aktivistern waren, die Anweisungen von anderer Seite erhalten hatten und einen Master-Plan der Zerstörung umsetzten... Es ist Indiens alte Zivilisation, die dadurch herabgewürdigt wird sowie traditionelle Werte wie Wahrheit, Toleranz und den Respekt der Religionen, die es über Jahrhunderte bewahrt hat und die nun in den Schmutz gezerrt werden“, erklärte die Bischofskonferenz. Die Bischöfe äußerten auch ganz konkrete Forderungen: „Eine konsequente Bekämpfung anti-sozialer und anti-religiöser Kräfte, die die Menschenrechte verletzen und unschuldige Leute terrorisieren“. Auch sollten die „Verantwortlichen

der Gewalt strafrechtlich zur Rechenschaft“ gezogen werden. Alle „betroffenen Einzelpersonen und Institutionen sollten unverzüglich angemessen entschädigt werden“, verlangten die Bischöfe. Das Bundeskriminalamt CBI sollte mit der Untersuchung der Vorkommnisse in Orissa betraut werden. Fundamentalistische Organisationen, die im Namen von Hindutva oder in irgendeinem anderen Namen „Terroristen“ ausbilden, sollten verboten werden.

Erzbischof Raphael Cheenath von Bhubaneswar-Cuttack wirft einer von der Landesregierung Orissas eingesetzten Kommission, die die Unruhen im Kandhamal Distrikt untersuchen soll, vor, nicht neutral zu sein. Er habe kein Vertrauen in die zwei Richter, die mit der Mission betraut worden seien, erklärte der Erzbischof. Die Richter seien ohne Rücksprache mit den Opfern der Gewalt ernannt worden, so dass wenig Vertrauen in ihre Arbeit bestehe. Auch sei mit dem 15. November der Zeitraum für die Sammlung aller Aussagen von Augenzeugen zu eng bemessen, kritisierte der Kirchenvertreter (Asia News, 23.10.2008). Man habe nichts von den Fehlern gelernt, die bei einer Untersuchung der Ausschreitungen gegen Christen im Dezember 2007 gemacht worden seien.

12. Christliche Verbände fordern Verbot radikaler Hindu-Organisationen

Noch deutlicher als die Katholische Bischofskonferenz wurde der „All India Christian Council (AICC)“, die bedeutendste Vertretung der Laien in den christlichen Kirchen des Subkontinents. Gemeinsam mit muslimischen Organisationen und zahllosen Bürgerrechtsbewegungen aus Indien organisierte der AICC am 25. und 26. Oktober 2008 in New Delhi eine „Nationale Konferenz zur Eindämmung faschistischer Kräfte“, um die Ideale Indiens zu verteidigen. Rund 750 Aktivisten von 90 Nichtregierungsorganisationen aus 18 Bundesstaaten nahmen an der Konferenz teil. In ihrer Abschlusserklärung beklagten sie die von der BJP, RSS und anderen Kräften aus der Sangh Parivar-Bewegung lancierte Hass-Kampagne gegen Christen in Orissa und zehn weiteren Bundesstaaten. Auch Muslime würden in ganz Indien von Hindutva-Aktivisten pauschal als Terroristen und Extremisten verteufelt. In ihrer Abschlusserklärung fordern die Nichtregierungsorganisationen unter anderem ein Verbot der RSS, VHP und Bajrang Dal und eine Beschlagnahmung ihres Vermögens im In- und Ausland. Alle Mitglieder der BJP und der RSS-Studentenorganisation ABVP sollen strafrechtlich zur Rechenschaft gezogen werden, die Kontakte zu terroristischen Hindutva-Organisationen unterhalten. Auch fordern sie den Rücktritt des indischen Innenministers Shivraj Patil, weil er unter anderem die Angriffe auf Christen in Orissa nicht rechtzeitig eindämmte und muslimische Jugendliche zu Unrecht verdächtigte, Straftaten verübt zu haben, um seine politische Karriere zu retten.

13. Hindu-Extremisten schüren Gewalt gegen Christen in Orissa

In keinem anderen Bundesstaat gibt es so viele ethnische Konflikte wie in Orissa. Nach Informationen des Indischen Innenministeriums wurden zwischen Januar und September 2008 in ganz Indien 695 ethnische Konflikte registriert. Die Spitzenposition nahm Orissa mit 159 Fällen ein (www.Indianexpress.com, 21.10.2008). Dabei gibt es in Orissa nicht außergewöhnlich viele unterschiedliche ethnische Gruppen und der Anteil der Ureinwohner an der Gesamtbevölkerung ist ähnlich groß wie in Madhya Pradesh, Rajasthan, Jharkand und Chhattisgarh. Zwar gibt es in Orissa viele Landkonflikte, doch mit 1.431 strittigen Landrechtsfällen ist ihre Zahl deutlich geringer als beispielsweise in Andhra Pradesh, wo 65.875 Fälle zur Entscheidung anliegen (The State of India's Indigenous and Tribal Peoples 2007, Asian Indigenous & Tribal People's Network, S.26).

Dass es trotzdem so viele ethnische Konflikte in Orissa gibt, ist vor allem auf die Politik der amtierenden Koalitionsregierung der radikal-hinduistischen Bharatiya Janata Party (BJP) und der Biju Janata Dal (BJD) unter dem Ministerpräsidenten Naveen Patnaik zurückzuführen, die gezielt ethnische und

religiöse Auseinandersetzungen schürt. Besonders deutlich wurde dies bei den Ausschreitungen gegen Christen seit August 2008.

Nur wenige Stunden nach dem Mord an RSS-Führer Swami am Abend des 23. August errichteten Aktivisten der VHP und von Bajrang Dal Straßensperren in Bhubaneswar und anderen Städten Orissas und protestierten in den Straßen. Sie schenkten dem von der Polizei verbreiteten Verdacht, maoistische Naxalit-Rebellen seien für die Gewalttat verantwortlich, keinen Glauben. Die VHP verfügt in Orissa über 125.000 Aktivisten (Tehelka Magazine, 13.9.2008). Die RSS hat in dem Bundesstaat 6000 lokale Gruppen mit rund 150.000 Anhängern. Bajrang Dal kann 50.000 radikale Hindu mobilisieren, die in 200 Gruppen organisiert sind. Auch die BJP verfügt in Orissa über 450.000 Anhänger, Hindutva nahe stehende Frauen-Organisationen und Gewerkschaften können nochmals zehntausende Hindu mobilisieren. Ein von diesen Gruppen ausgerufenen zwölfstündiger Generalstreik brachte das öffentliche Leben in dem Bundesstaat am 25. August zum Erliegen. Geschäfte, Banken, Schulen schlossen ihre Tore.

Schon während dieses Generalstreiks wurden im Kandhamal-Distrikt Häuser von Christen und Kirchen geplündert und niedergebrannt. Besonders schlimm wurde die Lage, nachdem die Landesregierung Orissas dem Druck der VHP nachgab und einen Trauerzug von Swamis Anhängern von seinem Ashram und letzten Lebensmittelpunkt in Jalespata nach Chakapad zustimmte. Der Zug, der am Nachmittag des 24. August in Jalespata begann, und 24 Stunden später in Chakapad endete, führte durch hunderte Dörfer und hinterließ eine Spur der Verwüstung. An dem umstrittenen Trauerzug nahmen auch der Präsident der BJP in dem Bundesstaat, Suresh Pujari, sowie weitere führende Vertreter von Sangh Parivar teil. In den Dörfern entlang der Wegstrecke wurden sowohl Häuser von Christen als auch von Unterstützern der Kongress-Partei angegriffen, die die Bundesregierung stellt und als Kritikerin der BJP und der Sangh Parivar-Bewegung gilt. Augenzeugen berichteten, dass die lokalen Polizisten zumeist nicht gegen die Gewalt einschritten und die bedrängten Christen auch nicht schützten.

Am Nachmittag des 25. August wurde dann schließlich der Leichnam von Swami in Chakapad eingäschert. Dabei waren anwesend drei BJP-Minister aus Orissa, mehrere Parlamentarier und Führer der VHP sowie anderer radikaler Hindu-Organisationen, unter ihnen VHP-Präsident Praveen Togadia. Trotz des über mehrere Städte verhängten Ausnahmezustands reiste Togadia mit dem Auto durch den Kandhamal-Distrikt, ohne in irgendeiner Weise von der Polizei in seiner Bewegungsfreiheit eingeschränkt zu werden. Dabei agitierte er öffentlich gegen Christen, die er für den Mord an Swami verantwortlich machte. Auch warf er den Christen vor, mit Geldgeschenken Adivasi zur Konversion zum christlichen Glauben zu locken und damit den Frieden in der Region zu gefährden. Der Landesregierung Orissas warf der VHP-Führer vor, Swami nicht ausreichend geschützt zu haben.

Während der bedeutendste VHP-Demagoge sich frei im Kandhamal-Distrikt bewegen und dort agitieren konnte, wurde dem indischen Innenminister, mehreren Abgeordneten der Kongress-Partei aus Orissa, einer Delegation der Kommunistischen Partei Indiens sowie anderen Parlamentariern und Menschenrechtlern zunächst die Einreise in die Unruheregion verweigert. Die Einreiserestriktionen wurden erst am 3. September 2008 auf Intervention des indischen Innenministers aufgehoben.

Vergeblich forderten mehrere politische Parteien und Nichtregierungsorganisationen die Aufnahme von Ermittlungen durch das Central Bureau of Investigation (CBI, Bundeskriminalamt), doch die Regierung Orissas bestand darauf, dass die Strafverfolgung von den lokalen Polizeistellen übernommen wird. Unter den christlichen Ureinwohnern genießt die Polizei keinen guten Ruf. Sie gilt als unterwandert und gleichgeschaltet von radikalen Hindu. Eine 29-jährige Nonne, Schwester Meena Barwa, die von radikalen Hindu am 25. August vergewaltigt wurde, kritisierte nach dem Gewaltverbrechen massiv

die lokale Polizei. Zwei Polizisten hätten sie nach ihrer Vergewaltigung halbnackt durch das Dorf geführt, statt ihr zu helfen, berichtete Schwester Meena der Gesellschaft für bedrohte Völker. Man habe ihr die Vergewaltigung nicht glauben wollen und ihr von einer Anzeige abgeraten, erklärte die Nonne (Asia News, 25.10.2008) „Ich wurde vergewaltigt und jetzt will ich nicht von der Polizei von Orissa noch einmal zum Opfer gemacht werden. Ich will ein ordentliches Verfahren“, erklärte Schwester Meena. Als sie die Kritik am Verhalten der Polizei mit in die Anzeige aufnehmen wollte, widersprach der Polizeibeamte und erklärte ihr, sie solle sich kürzer fassen.

Führende Sangh Parivar-Aktivisten in Orissa forderten inzwischen öffentlich die Verhaftung von Schwester Meena. Mit „ihren falschen Anschuldigungen“ vergifte sie die Atmosphäre, erklärte Susri Suchitra Mohapatra von der Organisation Rastrasevika Samiti. Die Nonne sei überhaupt nicht vergewaltigt worden und es sei eine „nationale Schande“, dass Christen das Ansehen Orissas beschädigten (VISAKEO, 20.10.2008). Währenddessen verurteilte die BJP in Orissa, dass aufgrund der Polizeigewalt Einwohner aus dem Kandhamal-Distrikt hätten fliehen müssen (www.odishatoday.com, 2.11.2008). Die der Sangh Parivar-Bewegung angehörende radikale Hindu-Organisation Vanavasi Kalyan Ashram forderte einen „besseren Schutz und mehr Sicherheit für die Hindu-Minderheit“ im Kandhamal Distrikt (www.odishatoday.com, 7.11.2008). Dass die Hindus in der Unruheregion nicht in der Minderheit sind, sondern die Mehrheit stellen, kümmert die Demagogen von Sangh Parivar wenig. Der Ministerpräsident Orissas vertrete nur die Interessen der christlichen Minderheit, kritisierten die Hindu-Extremisten. Die öffentlichen Erklärungen von Sangh Parivar machen deutlich, mit welchen Mitteln die Hindutva-Bewegung bei der Durchsetzung ihrer Ziele arbeitet, und dass sie sich um den Wahrheitsgehalt ihrer Propaganda wenig kümmert. So konnte es auch nicht mehr verwundern, dass der Vorsitzende der VHP in Indien, Praveen Togadia, jüngst öffentlich versicherte, „Kein Hindu kann ein Terrorist sein“ (The Hindu, 5.11.2008). Christen, wie Vater Edward Sequeira, sehen dies allerdings anders. Er bezeichnet die radikalen Hindu in Orissa als „Terroristen“ (Asia News, 5.9.2008). Seit mehr als 25 Jahren arbeitet der Geistliche in Orissa. So baute er unter anderem ein Waisenhaus auf, das nun von Hindu-Extremisten niedergebrannt wurde. Als das Waisenhaus überfallen wurde, musste er mit zuhören, wie die 19 Jährige Rajni Majh, die in der Einrichtung groß geworden war, von den Angreifern bei lebendigem Leibe in die Flammen geworfen wurde.

Angesichts der anhaltenden Agitation radikaler Hindu-Aktivisten hat im Kandhamal-Distrikt niemand Vertrauen in die Beteuerungen des Polizeichefs von Orissa, Manmohan Praharj, bis zum 25. Dezember 2008 werde wieder das normale Leben in der Unruheregion einkehren (www.odishatoday.com, 6.11.2008).

Der Ministerpräsident von Orissa und Präsident der BJD, Naveen Patnaik, verurteilte unmittelbar nach dem Mord an Swami die Gewalttat. Später besuchte er bei einer Reise in den Kandhamal Distrikt Swamis Ashram in Jalespata. Erst zehn Tage nach Beginn der Unruhen äußerte sich Patnaik hingegen zu den Übergriffen in dem Kandhamal Distrikt und bezeichnete sie als „unerfreulich“.

14. Bundespolizei schützt Christen

Während die Christen keinerlei Vertrauen in die lokale Polizei Orissas haben, genießt die Bundespolizei Central Reserve Police Force (CRPF) bei ihnen großes Ansehen. Erst nachdem 39 CRPF-Kompanien in die Unruheregion verlegt worden waren, die das Krisengebiet mit Straßensperren abriegelten, wurden kaum mehr Kirchen und Häuser von Christen niedergebrannt. Am 13. Oktober wurde ein CRPF-Soldat von mutmaßlichen Hindu-Aktivisten in dem Dorf Sisapanga im Kandhamal Distrikt ermordet und verstümmelt (Compass Direct News, 20.10.2008). Seit diesem Mord tritt die CRPF entschlossen auf, um den Schutz der Christen sicherzustellen. Rund 1.000 Menschen sind von ihr

verhaftet worden, die Hälfte der Festgenommenen sind nach Angaben des Ministerpräsidenten Orissas Aktivisten der VHP oder von Bajrang Dal.

15. Unbegründete Vorwürfe gegen Christen

Hindu-Extremisten werfen Christen vor, systematisch vor allem unter den Adivasi-Ureinwohnern zu missionieren. Gemäß der Verfassung Indiens ist eine Änderung des Glaubensbekenntnisses gestattet, soweit dies auf freiwilliger Basis geschieht. Historisch gesehen bot eine Konversion von Ureinwohnern oder Dalits vom Hinduismus zum Christentum oder muslimischen Glauben die Möglichkeit, der Unterdrückung in der Kastenordnung und der Diskriminierung in der Gesellschaft zu entkommen. Immer mehr Adivasi und Dalits wandten sich daher den christlichen Kirchen zu, die ihnen Zugang zu Bildungseinrichtungen vermittelten, durch den sie ihren sozialen Status wiederum verbessern konnten. Die VHP sowie führende Schichten der Kastengesellschaft verfolgen dies mit großer Besorgnis. So forderte die VHP im Jahr 2006 die Verabschiedung eines Gesetzes, das die Konversion zu nicht-hinduistischen Religionsgemeinschaften verbieten sollte. Im Juni 2008 erklärte die VHP sogar, dass Konversion ein Verbrechen sei.

Für das Jahr 2007 hatte Sangh Parivar geplant, 10.000 Christen in Orissa wieder zum hinduistischen Glauben zu bekehren. Doch im Jahr 2007 gab es weit weniger Konversions-Zeremonien als in den Jahren 2004 bis 2006. Politisch bewusster denkende Adivasi lehnen eine Unterordnung in das Kastensystem immer mehr ab und fordern stattdessen Rechte.

Christen stellten bei der Volkszählung im Jahr 2001 nur 2,4% der Bevölkerung Orissas. Im Kandhamal Distrikt leben 117.950 Christen und 527.757 Hindu. Die Zahl der Christen in Indien hat in den letzten Jahren nicht zugenommen, sondern abgenommen. So wurden 2,6 % Christen bei einer Volkszählung im Jahr 1971 registriert, 1981 waren es 2,44 %, 1991 nur mehr 2,32 % und 2001 sank die Zahl auf 2,3 % (Asia News, 30.9.2008).

Sangh Parivar schürt die Angst vor christlicher Missionierung auch mit der Verbreitung falscher Nachrichten. So erklärten RSS-Aktivisten kürzlich, in den Küstenregionen Orissas seien Missionare aktiv, die hunderte Hindu unter Zwang bekehrt hätten. Das Innenministerium Orissas dementierte inzwischen diese Gerüchte und stellte klar, dass sich in der fraglichen Region kein ausländischer Missionar aufhalte (Press Trust of India, 27.10.2008).

16. Adivasi werden seit Jahrzehnten diskriminiert

Die Zahl der in Indien lebenden Adivasi (Hindi für Ureinwohner, erster Mensch) ist gemäß der Volkszählung des Jahres 2001 mit 84,32 Millionen Menschen höher als die Bevölkerungszahl der Bundesrepublik Deutschland. Damit stellen sie 8,2 Prozent der indischen Bevölkerung. Insgesamt sind 557 Volksgruppen unterschiedlicher Größe als so genannte „Scheduled Tribes“(ST) offiziell registriert. Einige der Völker, wie die Bil, Gond und Santal, zählen mehrere Millionen Menschen, andere wie die Ureinwohner auf den Andamanen-Inseln nur mehrere hundert Personen. Rund 250 verschiedene Sprachen machen deutlich, dass die einzelnen Adivasi-Gruppen zum Teil auch kulturell sehr unterschiedlich sind.

Die Adivasi sind Nachfahren von Hirten-Nomaden, Fischern, Wanderfeldbauern und Jägern und Sammlern, die als erste Einwohner Indiens 2.500 bis 1.500 Jahre vor unserer Zeitrechnung durch kriegerische Hirtenvölker erobert und verdrängt wurden. Diese Hirtenvölker nannten sich Arya, die Edlen. Die Arya führten das Kastensystem als gesellschaftliche Ordnung ein. Ein Teil der Ureinwohner

wurde unterworfen und als „Unberührbare“ oder Kastenlose (Dalits, Scheduled Castes, SC) auf der untersten Stufe integriert. Die anderen Adivasi-Gruppen zogen sich unwegsame Berg- und Waldregionen zurück.

Die meisten Adivasi-Völker leben noch heute in entlegenen Wald- und Bergregionen des „Tribal Belt“ Zentralindiens (in den Bundesstaaten Orissa, Chattisgarh, Madhya Pradesh, Maharashtra, Jharkhand und Gujarat). Für rund zehn Millionen Adivasi-Ureinwohner stellt der Wald auch heute noch die unmittelbare Lebensgrundlage dar. Seit Jahren gibt es Konflikte zwischen den indischen Behörden und den Adivasi um den Zugang zum Wald sowie um die Nutzung seiner Ressourcen. Rund 1,4 Millionen Menschen (die meisten waren Adivasi) wurden im Bundesstaat Orissa zwischen den Jahren 1951 und 1995 zwangsweise ungesiedelt, um Platz zu schaffen für Staudämme, Kanäle, Bergbauprojekte und andere Industrievorhaben.

Der Landraub auch durch staatliche Stellen hat in Orissa schon Tradition. So befinden sich 85 % des Landes im Kandhamal Distrikt heute im Eigentum des Staates, der die traditionelle Rechte der Urbevölkerung an dem Land systematisch missachtet. Viel von dem Land, was ursprünglich von den Adivasi für Wanderfeldbau genutzt wurde, hat der Staat sich in den letzten Jahrzehnten einverleibt und in Waldflächen umgewandelt. Ohne Rücksicht auf traditionelle Landrechte der Adivasi forciert die Landesregierung Orissas die Ansiedlung von Industriebetrieben auch auf dem Land der Urbevölkerung. So schloss sie zwischen den Jahren 2002 und 2005 mindestens 42 Vorverträge mit Unternehmen über die Realisierung von Industrie- und Bergbauprojekten auf dem Land der Ureinwohner ab.

Gemäß der Volkszählung aus dem Jahr 2001 leben in Orissa heute 8,14 Millionen Adivasi. In dem Bundesstaat sind 62 unterschiedliche ethnische Ureinwohner-Völker offiziell registriert, die 9,66 % der Bevölkerung stellen. Ihre Lage ist katastrophal wie im ganzen Land. 90 % leben unter der Armutsgrenze. Ihre Analphabetenquote ist überdurchschnittlich hoch. Während im Landesdurchschnitt 64,84 % der Bevölkerung im Jahr 2001 lesen und schreiben konnten, liegt die Quote bei den Adivasi bei nur 47,10 %. Statistisch gesehen wurde alle 29 Minuten im Jahr 2005 ein Verbrechen an einem Adivasi begangen. Während landesweit die Aufklärungsquote bei Verstößen gegen das indische Strafgesetzbuch bei 42,4 % liegt, wurden nur 24,2 % der Straftaten an Ureinwohnern strafrechtlich geahndet (The State of India's Indigenous and Tribal Peoples 2007, Asian Indigenous & Tribal People's Network, S. 18).

Auch mehr als 60 Jahre nach der Unabhängigkeit Indiens werden die Adivasi noch immer diskriminiert. Zwar gibt es zum Teil durchaus bemerkenswerte Gesetze zum Schutz und zur Besserstellung der benachteiligten Minderheit, doch im Alltagsleben werden die Rechte der Ureinwohner auch von staatlichen Stellen mit Füßen getreten und missachtet. Ihre Probleme werden vergessen und verdrängt. Ihr friedlicher Widerstand gegen Landraub und Entrechtung wird mit Gewalt niedergeschlagen und kriminalisiert. Dies gilt auch für den Bundesstaat Orissa. Als am 2. Januar 2006 in Kalinganagar (Orissa) rund 400 Adivasi-Frauen, -Kinder und -Männer gegen den Verlust ihres Landes demonstrierten, gingen Polizisten mit Gummigeschossen und Tränengas gegen sie vor. Nachdem ein Polizist von der wütenden Menge getötet wurde, erschossen Polizisten 14 Adivasi. Zwei der Getöteten wurden offensichtlich auf der Flucht erschossen, zwei weitere Ureinwohner starben nach Kopfschüssen aus nächster Entfernung. Sechs Körper der Getöteten wurden im Polizeigewahrsam verstümmelt (unter anderem alle Geschlechtsorgane), bevor sie den Angehörigen übergeben wurden.

17. Hindu-Nationalisten schikanieren auch Muslime

Nicht nur christliche Verbände fordern ein Verbot radikaler Hindu-Organisationen. Auch muslimische Organisationen plädieren für ein Verbot von VHP, RSS, BJP und Bajrang Dal, weil diese Gruppen systematisch alle religiösen Minderheiten bedrängen, schikanieren und ihre Rechte missachten. Vor allem im Bundesstaat Gujarat, in der die BJP als Regierungspartei den Hindu-Nationalismus institutionalisiert hat, klagen Muslime über willkürliche Übergriffe, Einschüchterungsversuche und eine Einschränkung der Religionsfreiheit.

Auch sechs Jahre nach pogromartigen Übergriffen auf die religiöse Minderheit, denen mehr als 2000 Muslime zum Opfer fielen, bleiben die meisten Täter noch immer straffrei. Zehntausend Muslime flohen damals vor der Gewalt, tausende Geschäfte und Wohnungen von Muslimen wurden geplündert und in Brand gesetzt. Hunderte Moscheen wurden beschädigt oder zerstört. Mehr als 150 Städte und 990 Dörfer waren von der Gewalt betroffen. Die Unruhen waren ausgebrochen, nachdem muslimische Extremisten einen Brandanschlag auf einen Zug verübt hatten, bei dem 58 Hindu am 27. Februar 2002 starben. Die Unruhen waren gezielt gesteuert von der BJP und dem VHP, die in dem Brandanschlag eine willkommene Gelegenheit sahen, um pauschal alle Muslime des Terrorismus zu beschuldigen. Radikale Hindu riefen darüber hinaus zu einem Boykott muslimischer Geschäfte und Firmen auf, der Jahre fort wirkte. In der Öffentlichkeit stellten Hindu-Organisationen den Pogrom als spontanen Ausbruch des Zorns der Mehrheitsbevölkerung dar, doch zu offenkundig mobilisierten VHP und BJP gegen Angehörige der religiösen Minderheit.

Zwar ordnete der Oberste Gerichtshof Indiens im Jahr 2004 die Wiedereröffnung zahlreicher Ermittlungsverfahren gegen Verantwortliche der Gewalttaten an. So wurden fast 1600 Verfahren wieder eröffnet, doch auf Gerechtigkeit warten die Muslime in Gujarat bis heute.

Die Regierung Gujarats behauptet, inzwischen sei wieder Normalität eingekehrt und es gebe keine Spannungen zwischen Religionsgemeinschaften. Doch Muslime fühlen sich als Bürger zweiter Klasse behandelt und klagen über eine Atmosphäre der Angst. Tatsächlich gibt es immer neue Einschüchterungsversuche, Boykotts von muslimischen Geschäften und Firmen sowie willkürliche Übergriffe auf Angehörige der Minderheit.

Ein typisches Beispiel sind Muslime, die als Viehhändler arbeiten. Auf Druck der BJP wurde in Gujarat das Schlachten von Kühen verboten. Willkürlich wird muslimischen Viehhändlern unterstellt, dieses Verbot zu missachten. Viehtransporte werden noch nicht einmal von der Polizei, sondern von Mitgliedern der RSS-Jugendorganisation Bajrang Dal angehalten. Immer neue Papiere und Bescheinigungen werden von den Fahrern zur Vorlage gefordert, um zu belegen, dass es sich bei den getöteten Tieren nicht um Kühe handelt. Die Transporte werden so lange festgehalten, bis das Fleisch verdorben ist, berichteten muslimische Opfer dieser Willkür-Maßnahmen der Gesellschaft für bedrohte Völker. So wird die wirtschaftliche Existenz muslimischer Geschäftsleute gezielt zerstört.

Rund 5.000 muslimische Familien, die während des Pogroms vertrieben wurden, leben sechs Jahre nach den Übergriffen noch immer in Lagern, die katastrophal versorgt sind. So traf der Adivasi-Experte der GfbV in Indien auch mit Vertretern einer Gruppe von 50 vertriebenen Familien (rund 300 Menschen) zusammen, die heute in Sojitra (Anand Distrikt, Gujarat) leben. Seit sechs Jahren verfügen sie in ihren behelfsmäßigen Unterkünften nicht über fließendes Wasser, Toiletten, Elektrizität und Straßen. Mehr als 30 Appelle an die indische Bundesregierung und an die Landesregierung von Gujarat verfasste die Gruppe bereits ohne jemals eine Antwort zu bekommen. Am 12. November 2008 wollen diese Vertriebenen einen Hungerstreik beginnen, um auf ihre schlimme Lage aufmerksam zu machen.

Die Landesregierung Gujarats zeigt sich unbeeindruckt. Sie erklärt seit Jahren, alle Binnenflüchtlinge seien wiedereingegliedert und unterstützt worden.

18. Anhang

Nationalistische Hindu-Bewegungen

Die **RSS (Rashtriya Swayamsevak Sangh)** ist eine extrem nationalistische Hindu-Organisation, die von indischen Politologen als faschistisch eingestuft wird. Sie wurde 1925 von Sawarkar gegründet. Die RSS ist streng hierarchisch aufgebaut. Dreimal wurde sie bereits offiziell verboten (1948 / 1975-77 / 1992). Sie operiert in ganz Indien unter den verschiedensten Namen. Sie hat über die Jahre Untergruppierungen und Unterorganisationen gebildet, die oft den Begriff „Sangh“ (Liga) im Namen führen.

Beispiele für Untergruppierungen:

Bhartiya Mazdoor Sangh (Indische Arbeiter Liga)
Bhartiya Kisan Sangh (Indische Bauern Liga)

So entstand als Sammelbezeichnung für die gesamte nationalistische Hindu-Bewegung: Sangh Parivar (Parivar bedeutet Familie bzw. Clan). Inzwischen verhindert eine Vielzahl unterschiedlicher Namen (Komitee, Verein, Assoziation, Union, Block) die schnelle Identifizierung ihrer Untergruppierungen.

Einige Hauptzweige sind:

- **Baharatiya Janata Party (BJP)**, eine im Jahr 1980 gegründete politische Partei, die dreimal bereits an der Regierung Indiens beteiligt war und heute noch in einigen Bundesländern die Regierung stellt. So unter anderem in Orissa und in Gujarat, wo religiöse Minderheiten von ihr diskriminiert und eingeschüchtert werden.
- **Vishwa Hindu Parishad (VHP, Welt-Hindu Rat)**, eine 1964 gegründete weltweit operierende kulturelle Vereinigung zur Förderung der Religion und Kultur. Gemeinsam mit anderen Hindutva-Organisationen wird der VHP beschuldigt, pogromartige Übergriffe gegen Muslime in Gujarat 2002 sowie gegen Christen in Orissa in den Jahren 2007 und 2008 geschürt zu haben. Der VHP verfügt über Außenstellen in der gesamten Welt. Der Sitz seiner Sektion in Deutschland befindet sich in Frankfurt am Main.
- **Bajrang Dal**, der 1984 gegründete paramilitärische Arm der Bewegung, Die Gruppe behauptet, 1,3 Millionen Mitglieder zu haben.
- **Mahila Morcha** und **Durga Vahini** sind Frauenverbände.
- **Rashtriya Sevika Samiti** ist eine weitere Frauen-Organisation.
- **Akhil Bhartiya Vidya Parishad (ABVP)** ist die Studentenbewegung.
- **BJP-Yuva Morcha** ist die Jugend-Organisation der Partei.
- **Adivasi Morcha** ist die nationalistische Hindu-Bewegung der Ureinwohner.

Geheime Direktiven der RSS

Folgendes Flugblatt wurde dem Adivasi-Experten der GfbV von einem Lagerinsassen eines Camps überreicht. Es ist in der Sprache Oriya (aus Orissa) verfasst und ist kein Original. In der Einleitung des Flugblatts wird darauf hingewiesen, dass es sich dabei um eine Veröffentlichung der RSS handelt, die von dem Central Bureau of Investigation (CBI, entspricht dem Bundeskriminalamt) sichergestellt wurde. In dem Flugblatt gibt die RSS Anweisungen, wie ihre Mitglieder im subversiven Kampf gegen Nicht-Hindus verfahren sollen.

Aus 38 Punkten präsentieren wir hier eine Auswahl:

- Ärzte, die Hindus sind, sollen ihren christlichen und muslimischen Patienten langsam wirkende Gifte verabreichen.
- Nehmt Dalits und Tribals in unsere Institutionen (z.B. Schulen) auf, damit wir sie indoktrinieren können. Sind sie nicht beeinflussbar, dann verabreicht ihnen Gift!
- Unterstützt den Alkoholkonsum in Slums, um die Leute zu vernichten!
- Bei Unruhen zwischen Religionsgemeinschaften, schürt die Konflikte mit Massenvergewaltigungen!
- Plündert bei Ausschreitungen das Hab und Gut der Leute!
- Vergrabt Statuen von Hindugöttern auf dem Gelände von Kirchen und Moscheen. Dann behauptet, es seien vormals religiöse Stätten der Hindus gewesen. So könnt ihr Ansprüche erheben, dort einen Hindutempel zu errichten.
- Habt ihr das Sagen in öffentlichen Bibliotheken, dann entfernt die Bücher der Christen und Muslime, und die von Ambedkar!
- Habt ihr in Verwaltungen der Kommunen etwas zu sagen, dann seht zu, dass Leute von niederen Kasten und die Tribals (SC und ST) nicht in gute Positionen kommen.
- Schürt Streit zwischen Christen und Muslimen! Verbreitet falsche Informationen, um Streit zu entfachen!
- Bereitet den Nicht-Hindus in den Dörfern Probleme und benachrichtigt die örtlichen RSS-Büros!